



## Migration at Europe's External Border – Fortress Europe?

## Sur-Place-Dialog Griechenland: Migration in der Krise

**Ihr Ansprechpartnerin**

Janna Weßels (Projektleiterin)

Worringer Straße 51

40211 Düsseldorf

Tel. +49 (0)176 34050307

jannawessels@hotmail.com

www.toenissteiner-studentenforum.de

Berlin, den 21. März 2012

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

Sie halten die Präsentationsmappe des „Sur-Place-Dialog Griechenland: Migration in der Krise“ im Rahmen der Projektreihe „Migration at Europe's External Border – Fortress Europe?“ des Studentenforums im Tönissteiner Kreis e.V. in den Händen. Das Studentenforum im Tönissteiner Kreis ist ein studentischer Think Tank, der durch Projektarbeit einen Beitrag zur Gestaltung einer international vernetzten Gesellschaft leisten möchte. Es freut uns sehr, dass Sie sich für unser Vorhaben interessieren und wir hoffen, Ihre Unterstützung gewinnen zu können!

„Migration at Europe's External Border – Fortress Europe?“ ist ein Projekt des Studentenforums, das die Problematik der Migration an Europas Außengrenzen untersucht. Der Sur-Place-Dialog Griechenland, der Ihnen in dieser Projektbroschüre vorgestellt werden soll, ist dabei geplant als die zweite Etappe einer Studie über die Lebensumstände und -bedingungen der Migranten an Europas Grenzen und die Rolle der EU in der Migrationspolitik. Nach dem Sur-Place-Dialog an der Grenze zwischen Spanien und Marokko im Jahre 2008 soll nun Griechenlands Migrationspolitik und die Grenze zwischen Griechenland und der Türkei im Fokus der Untersuchungen stehen. Während innerhalb von Europa das Motto „Unity in Diversity“ gilt und die Grenzen zwischen den Mitgliedstaaten weitgehend überwunden zu sein scheinen, verschließen viele Mitbürger die Augen vor den Realitäten an den Grenzzäunen und Gräben an den Außengrenzen des vereinten Kontinents. Während des Sur-Place-Dialogs möchte eine Gruppe engagierter Studierender und junger Berufstätiger die Umstände an den Grenzen näher betrachten und durch ein Thesenpapier sowie in Form von gezielten Veröffentlichungen, etwa im Oxford Monitor of Forced Migration, dazu beitragen, dass auch innerhalb von Europa die Situation der Migranten und Flüchtlinge bewusst gemacht wird und langfristig zu einer Verbesserung und Vereinheitlichung des europäischen Asylsystems beigetragen wird.

Mit dieser Präsentationsmappe möchten wir Ihnen einen Überblick über das Projekt, seine Zielsetzungen und seine Organisation verschaffen. Wir freuen uns auf Ihre Fragen und Anregungen und stehen Ihnen dafür gerne zur Verfügung.

## Das Projekt

### Die Problemanalyse – Fortress Europe?

Europa kämpft auf der einen Seite um Toleranz und Gleichberechtigung – andererseits hat aber in den vergangenen Jahren das Bild von der Europäischen Union als „Festung Europa“ zunehmend an Einfluss gewonnen. Es beschreibt Europa als einen abgegrenzten Raum, der durch eine strikte Abschottungspolitik und starke Grenzkontrollen vor Eindringlingen verteidigt und geschützt werden soll. Diese Strategie gliedert sich in ein europäisches Konzept zur Steuerung von Migration, das die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte bewusst fördert, und sich gegen Geringqualifizierte abzuschotten sucht.

Aus humanitären Gründen besteht dennoch die Verpflichtung Asyl zu gewähren. So kam es im Zuge des Aufbaus einer europäischen Außengrenze mit dem Haager Programm seit 2004 auch zu einer Vereinheitlichung des europäischen Asylsystems. Teil des gemeinsamen Asylsystems ist die Festlegung eines EU-weit gültigen und einheitlichen Rechtstatus für Personen, die des internationalen Schutzes bedürfen (Anerkennungsrichtlinie). Daneben regelt die Asylverfahrensrichtlinie einheitlich allgemeine Grundsätze und Mindeststandards von Asylverfahren, die Aufnahmebedingungen-Richtlinie legt Mindestlebensbedingungen für Asylbewerber fest. Wichtigster Bestandteil ist jedoch die sogenannte Dublin-II-Verordnung, gemäß derer derjenige Mitgliedstaat für die Durchführung des Asylverfahrens verantwortlich ist, der die Einreise ermöglicht oder nicht verhindert hat.

Folglich haben die Staaten an den EU-Außengrenzen einerseits ein Interesse daran, die illegale Einreise von sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen zu verhindern, und sind andererseits verpflichtet, durch adäquate Mechanismen sicherzustellen, dass Asylbewerber und anerkannte Flüchtlinge ausreichend geschützt werden. Hier überschneiden sich Asyl- und Migrationspolitik aus sicherheitspolitischen Gesichtspunkten. Im Ergebnis kontrollieren die betroffenen Mitgliedstaaten oftmals sehr streng, unter anderem weil sie im Falle der Einreise für alle nachfolgenden Asylverfahren und die damit verbundenen Kosten zuständig sind. Jedes Jahr sterben zahlreiche Menschen bei dem Versuch, die Grenzen der Europäischen Union zu überwinden: über 8000 Tote wurden allein für den Zeitraum von 1993 bis 2006 erfasst – die Zahl der nicht registrierten Todesfälle wird zehnmal so hoch geschätzt.

Griechenland ist als Zielland für eine Untersuchung der Frage nach der „Festung Europa“ und der Situation der Flüchtlinge aus zwei Gründen besonders interessant. Zum einen ist die Zahl der Zuwanderer an der griechisch-türkischen Grenze in den letzten Jahren rapide angestiegen, zum anderen stellt eine tiefe Finanz- und Wirtschaftskrise das Land auf eine Existenzprobe, die Griechenland, das bereits vorher die vorgeschriebenen Mindeststandards nicht einhalten konnte, noch weiter fordert.

Insgesamt kamen nach Behördenangaben allein im vergangenen Jahr 128.000, und in den vergangenen vier Jahren 512.000 Migranten nach Griechenland. Auch die europäische Grenzagentur Frontex hat im vergangenen Jahr rund 48.000 Menschen entlang der griechisch-türkischen Grenze entdeckt. Bei den Migranten an der griechischen Grenze handelt es sich oft nicht nur um illegale Einwanderer, sondern auch um Flüchtlinge. Sie stammen aus Afghanistan, aus dem Irak und den palästinensischen Autonomiegebieten und sind auf der Flucht vor Krieg oder Verfolgung. Nach internationalem Recht haben sie ein Recht auf Asyl. Insbesondere seit der Einführung von strengeren Grenzkontrollen in Spanien und Frankreich weichen die Flüchtlingsströme auf andere Grenzen der EU aus und wählen auch den Weg über Nord- und Ostafrika und die griechisch-türkische Grenze. Spätestens seit dem Arabischen Frühling spielt der Umgang der EU mit den Partnern im Mittelmeerraum und deren Bürgern eine besondere, bedeutendere Rolle. Grenz-, Migrations- und Flüchtlingspolitik ist dabei ein Bereich, der in ganz besonderer Weise nach außen und gegenüber den Nachbarn wirkt.

Der griechische Staat scheint der wachsenden Zahl an Migranten auf den ersten Blick kaum gewachsen zu sein: Das Asylsystem ist mangelhaft und gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise völlig überfordert. Es steht schon seit Jahren in der Kritik. Am 21. Januar 2011 entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) im Fall *M.S.S. gegen Belgien und Griechenland*, dass sowohl Belgien als auch Griechenland ihre menschenrechtlichen Pflichten gegenüber einem Asylsuchenden aus Afghanistan verletzt hatten: Die belgischen Behörden hatten den Asylsuchenden 2009 nach Griechenland abgeschoben, weil er über Griechenland in den EU-Raum eingereist war. Der EGMR befand, dass Belgien bekannt sein musste, dass die Zustände im griechischen Asylwesen unzumutbar sind. In der Folge stoppten Deutschland, Island, Schweden, Großbritannien und Norwegen aus humanitären Gründen die Rückführung von Asylbewerbern nach Griechenland. Der EGMR hat seine Haltung am 21. Dezember 2011 in den Fällen *N.S. gegen Secretary of State for the Home Department (UK)* und *M.E. und andere gegen Refugee Applications Commissioner (Irland)* noch einmal bestätigt. Erst kürzlich kritisierte pro Asyl die soziale Situation von Asylsuchenden in Griechenland erneut scharf: Nach wie vor müssten sie überwiegend auf der Straße leben, weil ihre Anträge auf Asyl nicht bearbeitet würden.

Die Situation wird noch dadurch verschärft, dass sich Griechenland in einer fundamentalen Finanz- und Wirtschaftskrise befindet, die den Staat auf die Existenzprobe stellt. Migration und Flüchtlinge in der EU, ein Themenbereich der noch Anfang des Jahres 2011 im Zusammenhang mit Italien eine intensive Berichterstattung in den Medien hervorgerufen hat und auch durch die Verurteilung der italienischen Praxis der pauschalen Abweisungen auf See durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte im Februar 2012 wieder im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stand, wird in Griechenland durch die Euro-Diskussion völlig überschattet. Was passiert jedoch jenseits der Scheinwerfer? Wie wirkt sich die Krise auf die Situation der Migranten an der griechisch-türkischen Grenze aus? Denn gerade in diesem Bereich sind die Auswirkungen der Krise sehr real und schwerwiegend.

Im August 2011 wurde bekannt, dass Griechenland mittels eines 12,5 km langen Grenzzauns entlang des Flusses Evros an der türkisch-griechischen Grenze den Zustrom von Migranten stoppen will. Angesichts der Weigerung der EU, diesen zu finanzieren, bestreitet Griechenland den im Februar 2012 begonnenen auf über 3 Millionen Euro geschätzten Bau aus eigenen Mitteln. Eine Parallele zu dem doppelten Zaun, der die spanische Enklave Ceuta von Marokko trennt und sich bei einer Höhe von 6 Metern über 8 km in die Länge zieht, drängt sich dabei geradezu auf. Ob darin der richtige Ansatz zur Lösung der Migrationsproblematik liegt, ist zweifelhaft, gleichzeitig muss der Zaun auch als Ausdruck der Hilflosigkeit Griechenlands angesichts der Dublin-II-Verordnung und der mangelnden europäischen Solidarität im Asylsystem gesehen werden.

Die EU versucht, Griechenland angesichts des Zustroms an Flüchtlingen zu helfen, etwa mittels Unterstützung durch das neu eingerichtete European Asylum Support Office (EASO). Im Widerspruch dazu stehen scharf kritisierte Aktionen der europäischen Grenzagentur Frontex, die mit dem Einsatz eines Rapid Border Intervention Teams (RABIT), das inzwischen durch eine permanente Präsenz ausgebaut wurde, zur unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung von Migranten in Griechenland beiträgt. Auch die seit Jahren kritisierte Dublin II-Verordnung, deren Reform regelmäßig von EU-Mitgliedstaaten ohne EU-Außengrenze blockiert wird, steht im Widerspruch zu einem menschenwürdigen und solidarischen europäischen Asylsystem.

## Die Zielsetzung des Projekts

Das Projekt möchte im Rahmen eines Sur-Place-Dialogs in Griechenland und an der griechisch-türkischen Grenze untersuchen, wie das europäische Asylsystem in Griechenland konkret wirkt.

Dazu sollen einige zentrale Fragenstellungen beantwortet werden: Welche Migrationspolitik verfolgt Griechenland? Wie passt diese zu den europäischen Vorgaben? Wie verhalten sich EU-Akteure in dieser

Situation, tragen sie entgegen ihrer Menschenrechtsverpflichtungen Griechenlands (und Europas) Abschottungsstrategie mit oder bemühen sie sich um ein menschenwürdiges System? Wie wird die Situation von den Flüchtlingen selbst eingeschätzt? Was sind die Lebensbedingungen der Flüchtlinge an der griechisch-türkischen Grenze? Welche Möglichkeiten gibt es angesichts der äußerst prekären Lage im Land, das Asylsystem in Griechenland zu verbessern? Wie könnte die EU hierzu beitragen? Welche Alternativen gäbe es zur Politik der „Fortress Europe“? Darüber hinaus soll analysiert werden, inwiefern sich die aktuelle Finanzkrise auf das griechische Asylsystem auswirkt. Angesichts der Tatsache, dass die Krise zu drastischen Sparmaßnahmen zwingt, ist zu vermuten, dass auch dem bereits vor der Krise mangelhaften Asylsystem die Mittel weiter gekürzt werden.

Ziel ist es, ein Paper zu erstellen, das die aktuelle Situation der Flüchtlinge in Griechenland analysiert und herausarbeitet, welche Auswirkungen die europäische politische und rechtliche Situation – insbesondere in Zeiten der Wirtschaftskrise – auf das Asylsystem in Griechenland hat. Dabei sollen auch Möglichkeiten und Wege aufgezeigt werden, den Herausforderungen, die sich aus der Dublin II-Verordnung für das System ergeben, zu begegnen, um das griechische (und europäische) Asylsystem nachhaltig zu verbessern. In die Analyse sollen die Ergebnisse des Sur-Place-Dialogs in Marokko/Spanien integriert werden, der unter anderem die (wirtschaftlichen) Abhängigkeiten zwischen dem aufstrebenden Marokko und der EU untersucht und deren Zusammenhang mit der Sicherheitspolitik an der Außengrenze aufgezeigt hat. Das Paper soll der EU Kommission, EASO, dem UNO-Flüchtlingswerk (UNHCR) sowie weiteren einschlägigen Stellen zur Verfügung gestellt werden. Des Weiteren sind gezielte Veröffentlichungen in Fachzeitschriften vorgesehen. Eine mögliche Fortführung der Projektreihe würde nach und nach weitreichendere Schlussfolgerungen zulassen und dazu beitragen, ein umfassendes Bild von der Situation an Europas Außengrenzen zu erlangen und die Frage nach der „Festung Europa“ zu beantworten.

## Der Ablauf des Sur-Place-Dialogs

In einer kleinen Gruppe aus 9-12 Teilnehmern sollen im Gespräch mit diversen griechischen, europäischen und internationalen Akteuren aus dem Migrations- und Asylbereich in Griechenland die Auswirkungen der Finanzkrise auf Flüchtlinge und Migranten, die nach Griechenland kommen, untersucht werden.

Geplant sind zunächst zwei Projektstage in Berlin zur Analyse der deutschen Position zu den zentralen Fragen der Harmonisierung des Asyl-Verfahrensrechtes und der Reform der Dublin-II-Verordnung sowohl aus Sicht der Bundesrepublik als auch aus der von Nichtregierungsorganisationen wie ProAsyl und Amnesty International. Anschließend sind zwei bis drei Projektstage in Athen vorgesehen um mit den relevanten Behörden und Länderbüros der Organisationen in der Hauptstadt zu sprechen – in Vorbereitung auf darauf folgende zwei bis drei Projektstage an der türkisch-griechischen Grenze. Der Besuch an der Grenze soll möglichst mit einem Besuch in einem Detention Centre verbunden werden, um konkret mit betroffenen Flüchtlingen zu sprechen. Ebenso wäre ein Besuch am Grenzgraben sinnvoll, um mit den Grenzbeamten über die Situation zu sprechen. Auch ein Besuch in einer türkischen Grenzstadt bietet sich an.

### Mögliche Ansprechpartner:

#### Berlin

- Bundesministerium des Innern (Berlin)
- Auswärtiges Amt
- ProAsyl
- Amnesty International Deutschland
- Flüchtlingsrat Berlin

## Athen

- Griechisches Innenministerium
- Athener Ausländerbehörde
- Deutsche Botschaft Athen
- UNHCR Griechenland
- Vertretung der EU Kommission in Griechenland

## Evros

- EU Grenzagentur Frontex
- Europol, bzw. griechische Grenzpolizei
- Fylakio migrant detention center
- Orestiada, griechische Provinzmetropole, Präfektur Evros

<b>Projektphase I</b> Deutschland Berlin	<b>Projektphase II</b> Griechenland Athen	<b>Projektphase III</b> Griechenland Athen	<b>Projektphase IV</b> Griechenland Region Evros	<b>Projektphase V</b> Deutschland Nachbereitung
<b>Ebene:</b> staatliche Entscheidungsträger, NGOs	<b>Ebene:</b> staatliche Entscheidungsträger	<b>Ebene:</b> europäische Entscheidungsträger, NGOs	<b>Ebene:</b> NGOs, Betroffene	<b>Evaluation/ Projektbericht</b>
<b>potenzielle Gesprächspartner</b> u.a.: · Bundesministerium des Inneren · Auswärtiges Amt (Griechenland-Referat) · Griechische Botschaft Berlin · Pro Asyl · Amnesty International Deutschland · SOS for Human Rights · UNHCR Berlin · Flüchtlingsrat Berlin	<b>potenzielle Gesprächspartner</b> u.a.: · Innenministerium · Ausländerbehörde · staatliche Partner der FRA · staatliche Partner von Europol	<b>potenzielle Gesprächspartner</b> u.a.: · Frontex · UNHCR · FRA/ Partner der FRA · NCHR · Medecins sans Frontieres · Amnesty International · ICMC Drive · griechische Menschenrechtsorganisationen wie z.B. Aitima	<b>potenzielle Gesprächspartner</b> u.a.: · Vertreter der Organisationen aus Projektphase II · Flüchtlinge · Vertreter/ Leiter von Flüchtlingslagern	
1-2 Tage / genaue Daten	1-2 Tage / genaue Daten	1-2 Tage / genaue Daten	3 Tage / genaue Daten	

## Der finanzielle Rahmen

Die Kosten für das Projekt beziehen sich im Wesentlichen auf Reisekosten, Unterkunft und Verpflegung und belaufen sich auf 14.500,- EUR. Durch Teilnehmerbeiträge in Höhe von 300,- EUR pro Person können rund 25% der Kosten gedeckt werden. Entsprechend besteht ein Förderbedarf von 10.900,- EUR. Im Folgenden werden die Kosten tabellarisch nach Einzelposten sowie graphisch nach Anteilen aufgeschlüsselt.

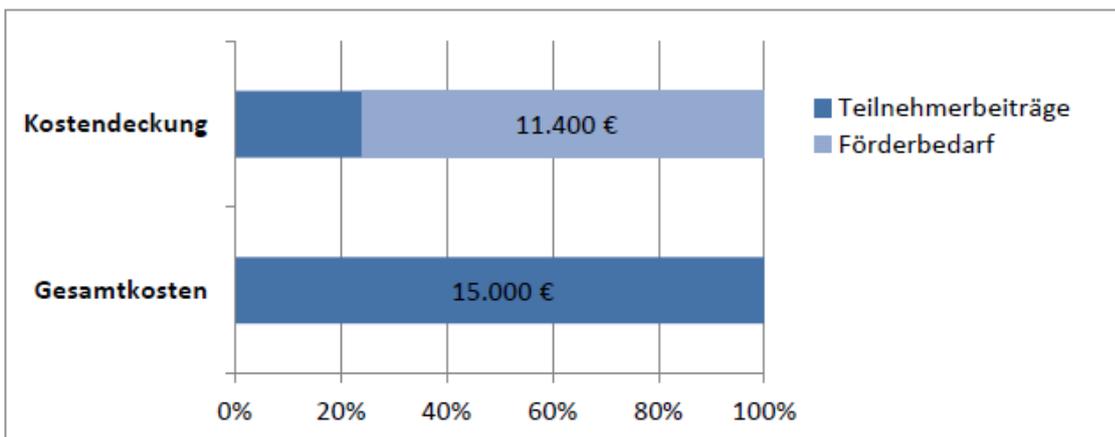
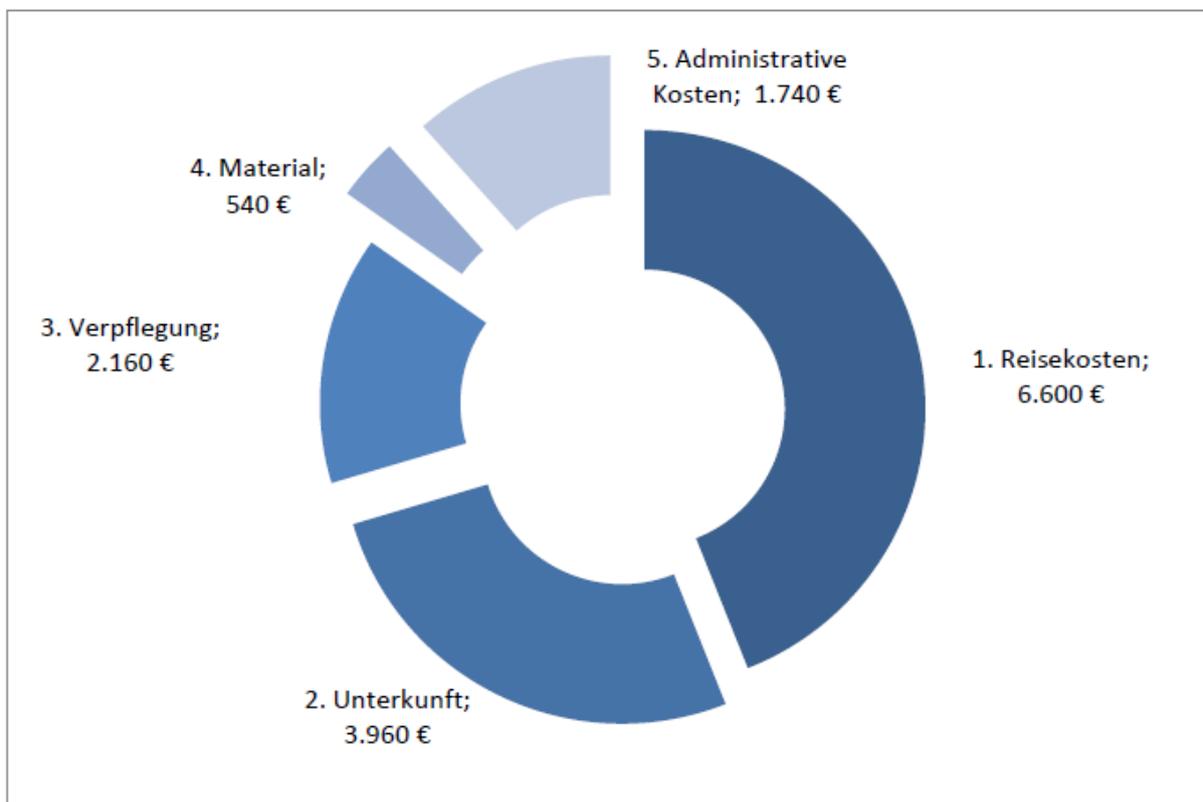
# Studentenforum

Migration at Europe's Southern Border -  
Fortress Europe?

im Tönissteiner Kreis e.V.

	Kosten p.P.	Anzahl	Kostenansatz	Annahmen
<b>1. Reisekosten</b>			<b>6.600 €</b>	
Flüge (ab Berlin)	250,00 €	12	3.000,00 €	
ÖPNV	50,00 €	12	600,00 €	
ATH-SKG	150,00 €	12	1.800,00 €	
Transfers in GR	100,00 €	12	1.200,00 €	
<b>2. Unterkunft</b>			<b>3.960 €</b>	
Berlin - Home Hospitality	-	12	- €	1 Nacht
Athen	60,00 €	36	2.160,00 €	3 Nächte
Thessaloniki	50,00 €	24	1.200,00 €	2 Nächte
Evros	50,00 €	12	600,00 €	1 Nacht
<b>3. Verpflegung</b>			<b>2.160 €</b>	
	9	20,00 €	12	2.160,00 €
<b>4. Material</b>			<b>540 €</b>	
Materialkosten, Dokumentation	300,00 €	1	300,00 €	
Kulturprogramm	20,00 €	12	240,00 €	
<b>5. Administrative Kosten</b>			<b>1.740 €</b>	
Organisation, Kommunikation, Präsente	340,00 €	1	340,00 €	
Administration	1.400,00 €	1	1.400,00 €	
<b>Zwischenbetrag</b>			<b>15.000 €</b>	
<b>Eigenbeteiligung Projektteam</b>	<b>300,00 €</b>	<b>12</b>	<b>3.600,00 €</b>	
<b>Förderbedarf</b>			<b>11.400 €</b>	

	Teilnehmerbeiträge	Förderbedarf
Gesamtkosten	15.000 €	
Kostendeckung	3.600 €	11.400 €
Teilnehmer	12	
Tage	9	



## Die nächsten Schritte – wie können Sie uns unterstützen?

Wir wollen mit Ihrer Hilfe diese für Gesellschaft und Politik gleichermaßen wertvolle Initiative umsetzen sowie den entsprechenden Institutionen und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen. Dabei könnten dies Ihre nächsten Schritte sein:

Sie können ...

1. ... sich zur finanziellen Unterstützung unseres Sur-Place-Dialoges entschließen. Als unser Träger oder Förderer profitieren Sie von folgenden Vorteilen:
  - Präsenz Ihrer Stiftung/Organisation im Umfeld der europäischen Migrations- und Asylpolitik.
  - Ausdrückliche Erwähnung Ihres Logos auf Haupt- und Unterseiten unserer Webpräsentation.
  - Verlinkung Ihres Logos auf eine Zielseite Ihrer Wahl.
  - Selbstverständlich erhalten Sie eine steuerwirksame Spendenquittung über die Höhe Ihrer Zuwendung.
2. ... uns ideell unterstützen. Jegliche Art von Ideen, Anregungen, Kritik oder zusätzlichen Kontakten ist uns willkommen.

Janna Weißels (jannawessels@hotmail.com, +49 (0) 176 34050307) freut sich auf Ihre Nachricht.

## Herzlichen Dank!

Wir danken Ihnen sehr herzlich für Ihr Interesse an unserem Projekt und freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit.



Janna Weißels

Verfahrens- und  
Projektmanagerin

ASIIN, Düsseldorf



Kajetan von  
Armansperg

VWL

HEC Paris



Kay Neumann

Projektmitarbeiter

FH Jena



Nele Weißels

Psychologie  
European Studies

TU Dresden



Florian F. Woitek

Referent

Bucerius Law School,  
Hamburg



Julia Lemke

Rechtsreferendarin

Kammergericht,  
Berlin

Die Projektgruppe des „Sur-Place-Dialog Griechenland“ des Studentenforums im Tönissteiner Kreis e.V.

## Das Studentenforum

Das Studentenforum im Tönissteiner Kreis e.V. ist ein politisch und konfessionell unabhängiges, interdisziplinäres Netzwerk. Es verbindet engagierte und international orientierte Studenten, bietet ihnen im Rahmen von Projektarbeit individuellen Raum zur sozialen Gestaltung und fördert gesellschaftspolitische Verantwortung. So bildet das Studentenforum eine Plattform für den Dialog zwischen der jungen Generation und Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien. Das Forum verfolgt zwei Ziele. Durch die eigenständige Projektarbeit und die gemeinsame Reflexion mit Entscheidungsträgern aus den oben genannten Bereichen bereiten sich unsere Mitglieder einerseits inhaltlich auf eine berufliche Tätigkeit mit internationaler Ausrichtung vor und können dabei wichtige persönliche Kontakte aufbauen. Andererseits zielt das Studentenforum auf einen gesellschaftlichen Effekt: Durch verschiedene Projekte wollen seine Mitglieder die öffentliche Debatte nachhaltig mit innovativen und fundierten Ergebnissen ihrer Arbeit anregen und durch Begegnungsarbeit zur Völkerverständigung beitragen. Langfristig will das Forum die Ausbildung verantwortlich denkender und handelnder Nachwuchskräfte für Führungsaufgaben im In- und Ausland unterstützen. Dies soll auch mit Blick auf die aktuelle und zukünftige Verantwortung Deutschlands in Europa und der Welt geschehen.

Die Aktivitäten des Studentenforums leben von der Initiative und Kreativität, Erfahrung und Neugier seiner Mitglieder, aber auch von der Unterstützung durch zahlreiche Förderer und der aktiven Hilfestellung seitens der Mitglieder des Tönissteiner Kreises. Der Tönissteiner Kreis selbst ist ein überparteiliches Netzwerk von knapp 800 Führungskräften mit Auslandserfahrungen aus Wissenschaft, öffentlicher Verwaltung, Wirtschaft und Politik. Seine Ziele sind, deutsche Entscheidungsträger stärker in die internationale Zusammenarbeit einzubinden, Impulse aus der internationalen Diskussion nach innen zu tragen, dadurch aktiv am Ausbau europäischer und internationaler Strukturen mitzuwirken und Deutschland weltoffener und reformfähiger zu machen. Der Tönissteiner Kreis wird getragen von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, vom Bundesverband der Deutschen Industrie, vom Deutschen Akademischen Austausch Dienst, vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag und vom Stifterverband für die deutsche Wissenschaft.